



Kreistagsfraktion Ennepe-Ruhr



An
den Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises
Herrn Dr. Arnim Brux
Hauptstr. 92
58332 Schwelm

02.09.2015

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Brux,

die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP stellen für die Sitzung des Kreisausschusses am 28.09.2015 und für die Sitzung des Kreistags am 19.10.2015 folgenden Antrag.

Den Solidarpakt Ennepe-Ruhr mit Leben füllen!

Mit Beschluss des Kreistags vom 8.12.2014 hat der Kreistag den Städten einen „Solidarpakt Ennepe-Ruhr“ angeboten, um gemeinsam an den Zielen einer Kostenentlastung der Kommunen mit eigenen Maßnahmen des Kreises und einer Qualitätssicherung öffentlicher Leistungen zu arbeiten. In diesem Zusammenhang hat der Kreis bekräftigt, weiterhin die besondere Situation seiner Städte anzuerkennen und sich mit ihnen solidarisch erklärt.

Diese Ziele sollen durch eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit erreicht werden. Dazu soll ein Runder Tisch des Kreises und seiner Kommunen unter Beteiligung der politischen Gremien eingerichtet werden, der alle Felder möglicher Kooperationen beleuchten soll. Im Ergebnis sollen Effizienzgewinne realisiert und so eine Entlastung der Kommunen bei gleichzeitiger hoher Qualität bei der Erbringung öffentlicher Leistungen erzielt werden. Ferner sollen weitere Kooperationsmöglichkeiten des Kreises geprüft werden.

Zur Umsetzung dieses Beschlusses hat die Kreisverwaltung die Städte im Kreis angeschrieben, um eine Bereitschaft zur Mitwirkung abzufragen und um Vorschläge für eine vertiefte Zusammenarbeit gebeten. Nach Befassung ihrer Gremien haben alle Städte noch vor der Sommerpause zustimmende Beschlüsse gefasst. Parallel wurde der Stand interkommunaler Kooperation im Kreis ermittelt, eine Übersicht von Haushaltssicherungsmaßnahmen von Kreisen in NRW erstellt und Kontakt mit möglichen Partnern eines solchen Prozesses aufgenommen.

Durch die Wahlen im September 2015 werden in sechs Städten und im Kreis Bürgermeisterinnen und Bürgermeister bzw. eine Landrätin/ein Landrat gewählt. Damit stehen nach der Kommunalwahl im Mai 2014 die kommunalpolitischen Akteurinnen und Akteure bis zum Ende des Jahrzehnts fest.

Damit sind Ende September 2015 die Voraussetzungen erfüllt, den Solidarpakt Ennepe-Ruhr mit Leben zu füllen.

Auf Augenhöhe - Politik und Verwaltung von Städten und Kreis einbeziehen.

Eine nachhaltige Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit setzt eine aktive Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure voraus. Dies sind einerseits die Verwaltungen und ihre Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten, auf deren Ebene bislang schwerpunktmäßig die Diskussion um eine vertiefte Kooperation zwischen den Städten und zwischen Städten und dem Kreis stattfindet. Dies sind aber andererseits auch die Räte und der Kreistag, die wesentliche Richtungsentscheidungen treffen und vertreten müssen.

Deshalb sollten beide Ebenen gemeinsam Verantwortung für die anstehenden Diskussions- und Veränderungsprozesse tragen.

In der weiteren Konzeption und Umsetzung müssen darüber hinaus die weiteren betroffenen Akteurinnen und Akteure auf der Kreisebene und bei Veränderung kommunaler Leistungen auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, externe Expertinnen und Experten sind selbstverständlich bei Bedarf ebenfalls hinzuzuziehen. Um einen solchen ambitionierten und nachhaltigen Arbeitsprozess mit Aussicht auf Erfolg durchführen zu können, ist zum jetzigen Zeitpunkt eine rasche Klärung der Strukturen, der Kompetenzen, der Prioritäten und des Zeitplans in einem weitgehenden Konsens erforderlich.

Hierzu schlägt der Kreistag folgendes Modell vor:

2. Arbeitsstruktur:

Kommunalforum und Lenkungskreis arbeiten vor, Kreistag und Räte entscheiden!

- Einrichtung eines Kommunalforums EN

Die Vorbereitung von Entscheidungen und Maßnahmen verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen durch ein Kommunalforum Ennepe-Ruhr. Dieses tagt zum Auftakt sowie im Anschluss jährlich und wird aus den Verwaltungsvorständen der Städte und des Kreises sowie den Mitgliedern der Hauptausschüsse und des Kreisausschusses gebildet. Eine Vertretung ist möglich.

Bei Bedarf können aus diesem Forum Arbeitsgruppen etwa für bestimmte Politikbereiche gebildet werden.

In diesem Forum sollen Informationen ausgetauscht, grundsätzliche Diskussionen geführt sowie die Arbeit des Lenkungskreises begleitet und den möglichen Arbeitsgruppen Impulse mitgeben werden.

- Einrichtung eines Lenkungskreises

Zur Vorbereitung des Forums und zur Steuerung des gesamten Prozesses wird ein Lenkungskreis eingerichtet, der bei Bedarf, mindestens aber viermal im Jahr tagt.

Dieser setzt sich aus den Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten, und je acht Vertreterinnen und Vertretern des Kreistags und der Räte zusammen. Hierzu benennen die Fraktionen im Kreistag folgende Mitglieder:

SPD und CDU benennen jeweils zwei Kreistagsmitglieder und zwei Ratsmitglieder, Grüne, FDP, Linke, Piraten/Freie Wähler je ein Mitglied des Kreistags und eines Rates. Eine Vertretung ist möglich. Bei Bedarf

können im Einvernehmen mit den Mitgliedern weitere Fachleute oder Unterstützungskräfte aus den Verwaltungen hinzugezogen werden.

Gemeinsame Aufgaben des Kommunalforums und des Lenkungskreises sind die Entwicklung von entscheidungsfähigen Vorschlägen bzw. Vorlagen für die jeweiligen Gremien und die Begleitung des Prozesses. Die Entscheidungskompetenzen aller Beteiligten bleiben unberührt. Wenn sich aus dem Solidarpakt Entscheidungsnotwendigkeiten ergeben, so entscheiden die Räte und der Kreistag beziehungsweise die Hauptverwaltungsbeamten in ihrer jeweiligen Zuständigkeit.

3. Prioritäre Politikfelder

Schritt für Schritt voran – Auswahl erster Arbeitsbereiche.

Der Solidarpakt steht für alle denkbaren Kooperationen offen.

Das Feld interkommunaler Zusammenarbeit ist aber so breit, dass Leitprojekte bestimmt werden müssen, um Pilotvorhaben für eine vertiefte Zusammenarbeit festzulegen und die gebildeten Strukturen nicht zu überfrachten. Als Auswahlkriterium spielt zunächst die finanzielle und perspektivische Bedeutung eines Aufgabenfelds eine Rolle. Zweites Kriterium ist die Politiknähe oder Politikferne eines Aufgabenbereichs. Die Vorschläge aus den Städten sollen aufgegriffen und in den Gremien ein Fahrplan vereinbart werden. Hierbei sind alle Möglichkeiten denkbar, Kooperationen zwischen Städten, Aufgabenwahrnehmung der Städte für den Kreis oder zentrale Aufgabenerfüllung durch den Kreis. Es müssen Wege gefunden werden, die eine wirtschaftliche und sparsame Aufgabenwahrnehmung ermöglichen, ohne orts- und bürgernahe Politik unmöglich zu machen.

Die bislang eingegangenen Stellungnahmen aus den Städten geben mit ihren Vorschlägen wichtige Hinweise auf erste prioritäre Projekte. Ob es die nachfolgenden aufgeführten Themen oder möglicherweise andere Themen sind, die als Einstieg in die Arbeit des Solidarpakts dienen sollen, wird im Kommunalforum und im Lenkungskreis zu diskutieren sein.

a) Arbeitsteilung und Verzahnung der Verwaltungsarbeit

Insbesondere in der Stellungnahme der Stadt Sprockhövel werden Kooperationen im Bereich EDV/IT, im Personalwesen, im Einkauf und der Vergabe und ein gemeinsames Kassenwesen angeregt. Die Stellungnahme aus Wetter erinnert an die Untersuchung der Beratungsgesellschaft GMO Management GmbH aus dem Jahr 2008, in der Kooperationsbereiche der Südkreisstädte und des Ennepe-Ruhr Kreises untersucht wurden. Im Ergebnis wurden damals allerdings keine nachhaltigen Kooperationen geschaffen.

Die Vertiefung und Verzahnung der Verwaltungsarbeit ist hinsichtlich der dynamischen technischen Entwicklung, der hohen Personalintensität und der strukturellen Gleichartigkeit der Verwaltungsaufgaben ein vielversprechendes Kooperationsfeld. Es ist gleichzeitig relativ politikfern. Daher bietet sich eine Bearbeitung des Themas in einer Arbeitsgruppe der Verwaltungen an. Als Einstieg sollte die Aktualität des GMO Gutachtens geprüft und gegebenenfalls eine Aktualisierung dieses oder die Erstellung eines vergleichbaren Gutachtens veranlasst werden. Bei allen Projekten, bei denen konzeptionell eine Verstärkung der Zusammenarbeit unter

Einbeziehung aller Städte und des Kreises angestrebt wird, übernimmt die Kreisebene grundsätzlich die Kosten für Begutachtung und externe Begleitung.

b) Kreisweite Zusammenarbeit in der Jugendarbeit

Der Ennepe-Ruhr Kreis gehört zu den wenigen Kreisen In NRW ohne Kreisjugendamt, nachdem sich Sprockhövel entschieden hatte ein eigenes Jugendamt einzurichten. Da damit lediglich Breckerfeld ohne eigenes Jugendamt war, wurde seinerzeit das Kreisjugendamt aufgegeben. Breckerfeld nimmt seitdem die Aufgaben der Jugendhilfe gemeinsam mit Ennepetal wahr. In der Stellungnahme der Stadt Breckerfeld wird angeregt, ein Kreisjugendamt einzuführen.

Vorteil der Ansiedlung der Aufgaben des Jugendamts in den Städten ist die Ortsnähe und damit die Möglichkeit, Angebote und Schwerpunkte mit anderen städtischen Angeboten und der jeweiligen Situation abzustimmen und so ein wichtiges Politikfeld selbst gestalten zu können. Es gibt aber auch deutliche Nachteile. Für gesetzliche Spezialaufgaben muss in allen Städten selbst bei geringer Fallzahl entsprechendes Fachpersonal vorgehalten werden. Gesetzliche Pflichten, wie die Erstellung von Statistiken, müssen erledigt werden. Außerdem fällt der fachliche Austausch der Jugendarbeit zwischen den Städten schwächer aus, als in Kreisen mit der Klammer eines Kreisjugendamts.

Am Beispiel der Jugendhilfe kann in einem Bereich, in dem in Nordrhein-Westfalen in der Regel eine Kompetenz der Kreise besteht und wegen der Besonderheit der fast durchgängig mittelgroßen bis großen Städten im Ennepe-Ruhr-Kreis, geprüft werden, ob eine Kooperation möglich, vernünftig und wirtschaftlich ist, die Verwaltungsaufgaben einschließlich übergreifender Planungen und Abwicklungen von Transferleistungen konzentriert, aber kommunalpolitische Kompetenzen wie die Organisation von Angebote für Jugendliche, den Einsatz von Sozialarbeiterinnen und –arbeitern und die Kooperation mit Verbänden und Jugendparlamenten vor Ort belässt.

c) Wirtschaftsförderung und Breitbandausbau

Mit der EN-Agentur besteht seit Jahren eine von Städten und Kreis mehrheitlich mit weiteren Akteuren getragene Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung. Das Thema Breitbandausbau wurde im Einvernehmen mit den Städten auf der Kreisebene angesiedelt und die Stelle eines Breitbandbeauftragten eingerichtet. Bei der EN-Agentur ist eine Arbeitsteilung mit den Städten vorgesehen, die einige Bereiche fest den Städten oder der Agentur zuordnet, aber auch einen Überschneidungsbereich kennt, in dem im Einzelfall und pragmatisch entschieden wird, wer handelt. Die Gremienstruktur der EN-Agentur stellt über die Kapitalbeteiligung die Anwesenheit aller Stadtverwaltungen in der Gesellschafterversammlung sicher, die Beteiligung der Kreispolitik und von Räten erfolgt uneinheitlich und nach Stärkeverhältnissen, so dass weder die Beteiligung von Ratsmitgliedern überhaupt noch von Vertreterinnen und Vertretern aller Kreisfraktionen sichergestellt ist. Die politischen Begleitgremien für den Breitbandausbau sind dem Grunde nach beschlossen, haben aber noch nicht ihre Arbeit aufgenommen. Ähnlich wie bei der Jugendhilfe besteht ein starkes Interesse der Städte sicherzustellen, dass eigene Angelegenheiten auch im eigenen Interesse selbst geregelt werden können.

Der gemeinsame Prozess des Solidarpakts ermöglicht eine Evaluation der Arbeit der EN-Agentur und der städtischen Wirtschaftsförderungen im Sinne einer möglichst effizienten und leistungsstarken Förderung der Wirtschaft und der Beschäftigten, sowie der wirtschaftlichen Interessen des Kreises und seiner Städte. Es sollte überprüft werden, ob die Gremienstruktur der EN-Agentur zeitgemäß ist und ob und wie eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung erfolgen kann. Als Beispiel eines gemeinsamen Projekts von Städten und Kreis unter Federführung des Kreises sollte im weiteren Verlauf des Breitbandausbaus das Begleitgremium aus Kreispolitik und beteiligten Städten aufgebaut und nach einiger Zeit evaluiert werden.

d) Raum für Kooperationen der Städte

In einigen Politikbereichen, etwa im Bereich der Volkshochschulen, gibt es Kooperationen der Städte. In anderen Bereichen, etwa bei Museen oder Sparkassen, wurden Kooperationen versucht. Der Solidarpakt bietet Raum für solche Kooperationsprojekte, ohne dass es erforderlich wäre, dass der Kreis selbst einen aktiven Part einnehmen müsste. Hier sind Initiativen aus den Städten gefragt. Die Strukturen des Solidarpakts stehen ausdrücklich auch für derartige bilateralen Kooperationen zur Verfügung. Wenn es sich ergibt, dass eine Einbeziehung des Kreises sinnvoll erscheint, kann dieses geschehen. In jedem Fall sollten aber auch solche Beispiele vorgestellt und diskutiert werden, um wichtige Impulse in alle Städte zu geben.

Die Zeit drängt!

Es gibt kein gemeinsames Gremium aus Städten und Kreis, welches die genaue Struktur des Solidarpakts festlegen könnte. Dies ist auch nicht erforderlich, da Grundsatzbeschlüsse des Kreistags und der Räte zur Durchführung des Prozesses vorliegen und verbindliche Beschlüsse weiterhin im Rahmen der gesetzlichen Kompetenzordnung in den Räten und Kreistag erfolgen können. Die laufenden Kosten des Prozesses werden durch den Kreis getragen. Dieser versucht in Kooperation mit anderen Stellen im Land und ggf. mit weiteren Akteuren wie Stiftungen für innovative Projekte eine zusätzliche personelle, inhaltliche oder finanzielle Unterstützung zu erreichen. Einen Beschluss dieses Konzepts im Kreistag im Oktober vorausgesetzt soll die erste Sitzung des Kommunalforums EN noch im Jahr 2015 erfolgen und dort eine Verständigung auf dieses, vom Kreistag zu beschließende, oder ein vergleichbares Konzept erfolgen. Der Lenkungskreis, soweit eine Verständigung auf einen solchen erfolgt, nimmt seine Tätigkeit im ersten Quartal 2016 auf und beendet seine Tätigkeit im Jahr 2019

Angesichts des steigenden Kostendrucks auf alle Kommunen und den Kreis sollte aber in jedem Fall so schnell wie möglich eine Entscheidung in allen zuständigen Gremien erfolgen, um keine Zeit zu verlieren und die gesetzten Ziele im Sinne der Bürgerinnen und Bürger rasch zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die SPD Kreistagsfraktion
gez. Olaf Schade
(Fraktionsvorsitzender)

Für die Kreistagsfraktion FDP
gez. Michael Schwunk
(Fraktionsvorsitzende)

Für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
gez. Paul Lang
(Fraktionsvorsitzender)